



Mit Kurszettel

Nummer 448

Mit Kurszettel



Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortlich für den Inhalt: L. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Berlin W 9, Kronenstr. 31

Abendausgabe . 20 Pfennig.

76. Jahrgang

Donnerstag, 25. September 1930

Die Memelfrage kommt vor den Rat.

Genf, 25. September.
Das vom Völkerbundrat gestern eingeleitete Juristenkomitee hat beschlossen, den deutschen Antrag auf Behandlung der Memelbefreiung auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. Der Gesandtschaftsausschuss gegen die Ausschließung des deutschen Antrages ist somit zurückgewiesen.
Das Komitee ist heute vormittag noch einmal zusammengetreten, um den Bericht für den Völkerbundrat zu formulieren. Der Bericht des Komitees selbst ist endgültig. Wie bekannt, wird der Rat schon in einer der nächsten Sitzungen über die weitere Behandlung der Frage beschließen und einen Bericht erlassen. Die materielle Behandlung der Memelbefreiung selbst dürfte spätestens in der kommenden Woche erfolgen. Die Verhandlungen des Völkerbundrates sind hier die Ankunft des Gouverneurs in Memelgebiet erwartet.

Die deutschen Filme werden abgelehnt

Der tschechische Chauvinismus hat gestiftet.
Prag, 25. September.
Im Ministerium des Innern und auf der Polizeidirektion fanden heute vormittag Beratungen mit den Direktoren der tschechischen Spieltheater statt. Die Direktoren verpflichteten sich, noch heute die deutschen Filme, die nach den Abmachungen gesehen hätten, vom Programm abzugeben.
Heute vormittag kamen sich vor dem deutschen Theater eine 50 Personen an. Sie wurden von der Polizei ohne Schwierigkeiten gestrichelt.

Prag, 25. September.
Wie die Polizeidirektion berichtet, trat nach den gestrigen Demonstrationen gegen Mittweide allgemeine Ruhe ein. Bei den Demonstrationen wurden 14 Personen verhaftet, die dem Bericht übergeben wurden. Darunter 5 wegen öffentlicher Gewalttat, 9 wegen Verletzung der öffentlichen Ruhe, 2 wegen Verletzung der öffentlichen Ruhe, 2 wegen Verletzung der öffentlichen Ruhe, 2 wegen Verletzung der öffentlichen Ruhe.

Das Blutbad in Moskau.

„Auf allgemeines Verlangen.“
TU Rom, 24. September.
Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Erschießung der 48 Angehörigen der Organisation „Kommunisten“ in Moskau einen starken Eindruck gemacht. Unter den Erschossenen befanden sich ein General und vierzehn Offiziere der alten Armee, mehrere Professoren, drei Professoren. Die Todesurteile wurden am Mittwochmorgen vollzogen und die Leichen der Erschossenen nicht ihren Verwandten für die Beerdigung herausgegeben. Sie werden geheim beerdigt werden. Wie weiter gemeldet wird, werden die 48 Angehörigen der Organisation nach Sibirien deportiert. Der Befehl zur Erschießung der 48 Personen wurde durch den Chef der OGPU, Wjatschkin, gegeben.
Die letzte Massenmordaktion durch die OGPU fand im Jahre 1927 statt. Damals wurden 21 Personen hingerichtet, unter ihnen führt Tolstoj, der das Haupt der Revolutionäre gegen die Sowjetregierung gewesen sein soll.

OE Moskau, 25. September.

Moskau steht ganz unter dem Eindruck der neuen 48 Hinrichtungen. Weltweit erregt es das größte Aufsehen, daß die ganze Sache in einem Geheimverfahren der OGPU durchgeführt worden ist, während allgemein ein längerer Prozeß erwartet wurde. Die gebildete Stimmung, die durch dieses Verbrechen hervorgerufen wird, findet allerdings in der Sowjetpresse keinen Widerstand. Hier sind vielmehr ganze Spalten mit Telegrammen und Adressen kommunistischer und proletarischer Organisationen gefüllt, in denen die OGPU zu ihrem erfolgreichen Schicksal beglückwünscht und die Anwendung der härtesten Strafmaßnahmen gebilligt wird, mit welcher Begründung bekanntlich die Sowjetregierung bereit ist, den „Verbrechern“ gegen die „Vernichtung der Menschheit“ besten Gehalt in höchsten Verurteilungen gegen die „Schlinge“ selbst und mit „proletarischen Gewehrfüssen“, d. h. mit Mitteln, die sie verdient.

Nähertritt Turatski.

Rom, 25. September.
Das Amtsblatt der Reichsjustizverwaltung veröffentlicht ein Schreiben des zurückgetretenen Sekretärs der Partei, Turatski, an Ministerpräsident Mussolini, in dem er zuerst davon erinnert, daß er bereits vor 15 Jahren sozialdemokratisch gewesen sei und nur auf ausdrücklichen Wunsch Mussolinis auf seinem Posten geblieben sei. Turatski erklärt seine Bitte, die Partei zu verlassen, die er bei der Leitung der Partei vertritt, hat, hat ihn förmlich aufgefordert, Mussolini Briefe zu seiner Partei eine Anerkennung für die Dienste Turatski und sein Verhalten aus, ihn aus der Leitung der Partei scheidet zu lassen.

Hitler vor dem Reichsgericht.

Eine nationalsozialistische Generalbeichte.

Hochverratsprozeß gegen die Illmer Reichswehroffiziere.

PD Leipzig, 25. September.
Die für den dritten Verhandlungstag angelegte Vernehmung Adolf Hitlers im Hochverratsprozeß gegen die Illmer Reichswehroffiziere ist allgemein die größte Spannung aus. Der große Reichsgerichtssaal ist umrandet von einer erregten Menge, die von einem großen Reichsaufgebot von der Anhörung an das Reichsgericht zurückgeführt wird. Auch das Reichsgerichtsgelände selbst ist unter vorläufigem polizeilichem Schutz.

Der Verhandlungssaal ist am dritten Tage der Verhandlung gegen die nationalsozialistischen Reichswehroffiziere bis auf den letzten Platz besetzt. Der Verteidiger Reichswehrminister, beim Eröffnen Hitlers alle Handgebungen zu unterlassen, andernfalls der Vorlesende den Saal unumwidmetlich räumen lassen werde.
An der Verhandlung nimmt auch Ministerialrat Schiller vom preussischen Justizministerium des Innern als Beobachter teil. — Von Reichsgerichtssaal herauf hat man im Saal die laute Stimmgebung der Hitler und seiner Begleitung bei der Ankunft beobachtet und wie sie in ein heftiges „Heil“ ausbrach. Als Hitler den Saal betrat, herrschte gewaltige Stille. Doch auf dem Platz vor dem Reichsgericht sah sich die Illmer noch nicht ganz und es kam viele Male laut das im Oberen „Deutschland erhebe“ heraus.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.
Reichsminister Harnisch gibt die Erklärung ab, daß der gestern vernommenen Zeuge Bauer schon einmal in einer Anwesenheit befunden hat. Er wird deshalb bei seiner Vernehmung durch den Vorsitzenden, Oberstaatsanwalt und Beobachter Hof. Dr. Schütz begleitet sein, der ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten Harnisch abgegeben hat. Weiter kommt Reichsminister Harnisch, als Gegenzeugen gegen Hitler den Staatssekretär Heiserer vom Reichsministerium des Innern zu laden und darüber zu vernehmen, daß von Reichsminister Harnisch im Reichsministerium des Innern über umfänglichere Unternehmungen der NSDAP, vorhanden sei.
Staatssekretär Heiserer ist schon anwesend.

Reichsminister Franz II. Ich habe den Beweisantrag zur Vernehmung Hitlers gegen im Interesse der Angeklagten. Ich vernehme mich, daß mir unterliehen wird, daß ich nicht gegeben haben soll zu einem Meinungsabgleich des Herrn Hitler.
Der Kern von dem Reichsgerichtssaal herauf lautet:
Verk.: Der Senat hat beschlossen, die Entscheidung über die Vernehmung des Staatssekretärs Dr. Heiserer bis nach der Vernehmung Hitlers auszusprechen.
Dann wird

Hitler als Zeuge

aufgerufen. Zur Person gibt er an, er sei 1889 in Braunau am Inn geboren und sei jetzt staatenlos.
Der Vorsitzende gibt das Protokoll bekannt: Sie sollen als Zeuge dafür vernommen werden,

Das entschleierte Bild der sozialdemokratischen Pläne.

Eine Geheimzinsung.

Die Jungsozialisten Kaufmann hielten am Mittwochabend im Jugendheim, Treptower Straße, eine politische Zusammenkunft ab, zu der der sozialdemokratische Landtag abgeordnete Harnisch als Nebenredner gekommen war, um über das Thema zu sprechen, „was nun zu geschehen hat“. Wie wird in der Lage, über den Verlauf dieser Versammlung zu berichten, in der auch über Dinge gesprochen wurde, die sonst in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden.
Gleich zu Beginn seiner Rede teilte der Abgeordnete Harnisch mit, daß man es einmal offen aussprechen müßte: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat im letzten Parteitagenden Beschluß eine schwere Niederlage erlitten, denn der Beschluß an Wählenden betraf nicht schon, sondern an der erhöhten Wahlbeteiligung gemessen 88 Sitze! Diese Niederlage der Partei lasse erkennen, daß man im Volk nicht mehr das Vertrauen zur Sozialdemokratie habe, wie es früher der Fall war. Die Partei befände sich also in einer Vertrauenskrise. Es sei doch eine Tragik (!), habe Harnisch fort, daß die durch den Weltkrieg und die hilflosen Massen in diesen Hoffnungen an der Sozialdemokratischen Partei vorgegaukelt seien und nicht ihr die Stimme gegeben haben, während es doch früher einfach selbstverständlich war, daß in Parteien die Massen bei der SPD Hilfe finden und sich anschlössen.

Bei der Unterbrechung der Gründe, wie diese Niederlage möglich war, gelangte Harnisch zum Ergebnis, daß die Parteileitung mit der Hauptaufgabe daran trage, die „überaltert“ und „verfallt“ sei. Die Parteileitung hätte nach der verlorenen Wahlbeteiligung unbedingt die Konsequenzen ziehen müssen: abtreten. Sie können es aber sei, jüngere Elemente in den Parteivorstand

das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre Partei ausgiebig auf legalen Wege verfolgt und den gewaltigen Umkreis der Verfassung nicht beachtet, daß die Partei ihre Mitglieder und Anhänger auch nicht dazu auffordert und aufgefordert hat, einen gewissen Umkreis der Verfassung herbeizuführen, auch nicht im Jahre 1929. Keiner Sie sich zunächst in großen Fragen über die Entscheidung und den Werdegang der Partei. Der Zeuge wird dann noch auf § 56 der StVO, aufmerksam gemacht, wonach er die Aufgabe vernünftiger kann, wenn er glaubt, daß er durch seine Aufgabe sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzt.

Zeuge Hitler: Ich war vom Herbst 1914 bis zum Herbst 1918 als deutscher Frontkämpfer an der Westfront. Durch diese vierjährige Tätigkeit habe ich meine frühere Staatsbürgerschaft verloren. 1918 beim Zusammenbruch lag ich in einem Lazarett als schweres Geschwundenes. — Der Zusammenbruch mußte nach meinem politischen Willen kommen. Ich habe die Erschütterungen mitgemacht, die jeder anhaltende Deutsche damals fühlen mußte. Es war mir sehr schwer, daß mit dem Zusammenbruch die eigenen politischen Organisationen die durch den Zusammenbruch befristeten Widerstandsmaßnahmen nicht überwinden werden könnten. Drei Punkte sind es, die das Fundament für diese Überzeugung abgegeben haben:

1. die Ablehnung der eigenen völkischen Front; der Bericht auf diese Front; das Völkische fremde Vorkämpfen im allgemeinen; die internationale Organisation und Einseitigkeit;
 2. die Befreiung der Autokratie der Reichsregierung und die Einseitigkeit des Parlamentarismus und des demokratisch-parlamentarischen Systems, und
 3. endlich die Vergiftung des deutschen Volkes mit perfidischen Denken und passivem Geiste.
- Diese drei Erscheinungen sind meiner Überzeugung nach die Ursache des deutschen Zusammenbruchs gewesen, und es war für mich selbstverständlich, daß nur eine Bewegung diesen Zusammenbruch überwinden konnte, die zu diesen drei Erscheinungen Stellung nimmt und von ihnen frei ist. Das konnte nur eine junge, neue Bewegung sein. Ich war 1918 überzeugt, daß die alten Parteien nicht in der Lage sein würden, den Terror zu brechen, und daß man eine neue Partei bilden mußte mit den Grundbeständen des fanatischen Deutschland, einer absoluten Führerautorität und eines unbedingten Kampfwillens. Doch war der 30. Januar 1918/19 so, daß nicht der Geist entzündet, sondern derjenige, der die Straße für sich hatte. Das führte zu der Doppelverteilung der Parteiposten und des Schicksals der Parteiposten. Vom ersten Tage ab war

der Zweck der Schutzstellungen nicht der, gegen den Staat Front zu machen, sondern die geistige Bewegung vor dem Terror illegaler Kräfte zu schützen.

Ich bin zu lange tot gewesen, erklärt Hitler lebhaft, um nicht zu wissen, daß man mit illegalen

Organisationen nicht gegen eine Diktatur macht und Polizeigewalt kämpfen kann. Der Gedanke der Begründung dieser „Sturmabteilungen“ gefassten Organisationen war, der Bewegung einen Schutz gegenüber der Polizei zu geben. Das war um so notwendiger, als der Staat als Schutz zu spät in die Erscheinung tritt: erst, wenn die Versammlung gesprengt ist, tritt der Schutz des Staates in die Erscheinung. 1919/20 war die Situation so, daß dieser Schutz jede geistige Waffnung unmöglich machte. Wie wird der Überzeugung, daß, wenn eine Idee erkannt ist, sie den Staat ganz allein übersteht, und daß heute 30 Millionen Deutsche eben nur noch nicht wissen, was wir wollen.

Bei den Vorkäufen im Jahre 1923 lag ein Zwang vor, der nicht meinem Wunsch entsprach.

Zeuge: Bei der Wiederanfertigung der Bewegung 1925 habe ich den ursprünglichen Zweck in vollem Umfang wiederhergestellt. Es ist selbstverständlich, daß eine Bewegung, die die Kontinuität junger temperamentvoller Mitglieder umfaßt, nicht vernachlässigt gemacht werden kann für bestimmte Bewegungen ihrer Mitglieder.
Der Vorsitzende unterbricht Hitler, um festzustellen, was der Zeuge unter dem Zwang verstanden wissen würde, der zu den Vorkäufen des November 1923 geführt habe.

Hitler erklärt, daß es ihm gewiss nicht entsprach, ob es richtig sei, darüber offen zu sprechen.
Der Vorsitzende gibt ihm daraufhin das Urteil

Die Beratungen des Reichstabinetts

über das neue Staatsvertragsprogramm werden auch heute nicht zum Abschluß kommen, sondern sich voraussichtlich noch bis Sonntag ausdehnen. Infolge dessen hat der Reichsminister seine Absicht, am Freitag an der Eröffnung des Deutschen Städtetages teilzunehmen, wieder aufgegeben.
Hierzu merkt die Telegramm-Agentur:
„Neue Steuern sieht das Programm des Reichstabinetts nicht vor. Der notwendige Ausgleich soll ausschließlich durch Reformmaßnahmen und Einsparungen herbeigeführt werden, worunter auch der am Sonntag zur Förderung stehende Plan einer Vermögenssteuerveränderung zu verstehen ist. Nach dem Bericht der Reichsregierung wird die Erörterung der neuen Steuern, die im Reichstagesprogramm enthalten sind, in den nächsten Tagen um 5 Prozent, in den mittleren Stufen um 10 Prozent, in den Spitzenstufen um 30 Prozent gestrichelt.“

Das Münchener Volksgericht vom April 1924 war, durch das Hitler zu fünf Jahren Gefängnis wegen Hochverrats verurteilt wurde. Es werden diejenigen Punkte des Urteils mitgeteilt, die besagen, daß das Programm der Hitlerbewegung die Verdrängung der Weimarer Verfassung war, die Ausbreitung des passivistischen Geistes war. Für die Sturmabteilungen sollen diese Punkte nicht übersehen werden. Es werden die Urteile des Reichsgerichtes vom September und Oktober 1923 aus dem Urteil zitiert, die als Ziel der Bewegung die Ausrufung eines „Deutschen Reiches“, die Schaffung eines „Direktoriums“, auch mit beständiger Gewalt, feststellen. Als Instrument hierfür sollte nach Auffassung des Reichsgerichtes die nationale Armee dienen, die aus Reichswehr und Landespolizei aufzubauen war, von denen man überzeugt war, daß sie sich der Seite des Kampfbundes stellen würden. Wie soll es das werden, sagt der Vorsitzende, wenn Sie angesichts dieses Urteils sagen: „Es lag ein Zwang vor, der aber nicht meinem Wunsch entsprach.“

Zeuge Hitler: Zunächst ist die Entwidmung der Sturmabteilungen zu einer Kampftroopie nicht durch mich eingeleitet worden, sondern

auf Wunsch von amtlichen Dienststellen.

Diese amtlichen Dienststellen haben sich damals an mich gewandt, mit dem Ersuchen, die Sturmabteilungen in eine militärische Organisation umzuwandeln. Nachdem sie so umgewandelt waren, war auch der Geist ein anderer geworden. Nicht ich habe damals die Sturmabteilungen in die Kasernen geführt, sondern sie sind von amtlichen Stellen hinein eingeführt worden. Von dann aber eine Gruppe nicht mit einer bestimmten Hoffnung besetzt, ohne daß die Truppe die Erfüllung dieser Hoffnung auf bestimmt erwartet.

1923 war die Situation so, daß die Gefahr bestand, daß der latente Streikzustand zwischen Bayern und dem Reich zum Ausbruch kam, und es war nur die Frage, ob es ein Kampf unter der Braun-schwarzen Fahne gegen die Reichsregierung oder unter einer groß-deutschen Fahne werden würde.

Das war der innere Zwang, und nach meinem inneren Überzeugung lag mir zu jenen Umständen geizlich vor.
Der Vorsitzende erklärt Hitler darauf, sich über die von ihm erwähnte Wiederbeleblichkeit der Bewegung im alten Geiste zu äußern.

Hitler: 1925 habe ich ausdrücklich auch in meinem Werkbuche festgestellt, daß diese Zwischenperiode von 1923 endgültig aufgegeben werden müsse, und daß die Bewegung wieder zu den alten Grundbeständen zurückgeführt werden müsse. Ich habe damals förmlich die Verfassung herausgegeben, die absolute Waffnung der Sturmabteilungen angeordnet haben, und habe darauf geachtet, daß diese Sturmabteilungen in keiner Weise einen militärischen Cha-